

Höhepunkt, als muslimische Extremisten die Weihnachtsgottesdienste von Christen angriffen und mehrere Kirchen zerstörten.



Gottesdienst in einer zerstörten Kirche in Nigeria

Große Sorge bereitet mir nicht nur die Zahl der Anschläge mit den vielen Toten und Verletzten, sondern auch die damit verbundene Zunahme von Misstrauen und Hass in der Gesellschaft. So berichtete mir ein Bischof in einem Gespräch zu Beginn des Jahres 2012, wie schwierig es sei, mit der Wut vieler seiner Gemeindeglieder umzugehen. Immer wieder musste er mit ansehen, wie Christen ihre Kirchen verließen, weil sie die Botschaft der Bibel von Vergebung nicht mehr hören wollten. Diese Verhärtungen in der Gesellschaft machen auch die Versöhnungsarbeit der Kirche zunehmend schwerer.

Rainer Rothfuß und Yakubu Joseph

## Lage der Christen in Nigeria

### Islamismus in Nigeria

Die nigerianische Gesellschaft hat in den vergangenen zwölf Jahren immer wieder Gewaltausbrüche mit Tausenden von Toten erfahren, die mit Religion in Verbindung gebracht werden müssen. Trotzdem ist die aktuelle Situation im Hinblick auf die Art der Gewalt, ihre geografische Reichweite und ihren terroristischen Charakter, der in weiten Teilen von der militanten islamistischen Sekte Boko Haram<sup>159</sup> geprägt wird, außergewöhnlich. Der seit 2011 amtierende Präsident Goodluck Jonathan bestätigt, die Sekte habe seine Regierung unterwandert, einschließlich der Exekutive, Legislative und Judikative sowie auch die Polizei und Armee.<sup>160</sup> Daran zeigt sich, wie überfordert die nigerianische Regierung und ihre Sicherheitskräfte mit den beinahe täglichen, immer besser koordinierten und oft tödlichen Angriffen durch die unberechenbare Boko Haram sind.<sup>161</sup> Der Terrorfeldzug der Islamisten, der sich bisher hauptsächlich auf den Norden Nigerias beschränkte, stellt auch eine Gefahr für die Einheit und den Fortbestand des weitaus bevölkerungsreichsten Landes Afrikas dar. Hinweise darauf, dass die andauernde religiöse Gewalt eine nationale Tragödie mit möglicherweise noch weitreichenden Folgen darstellt, sind die massenhafte Abwanderung von Menschen aus den nördlichen Unruhegebieten in den Süden sowie die lauter werdende Forderung durch überwiegend Südnigerianer nach einer sogenannten *Sovereign National Conference*.<sup>162</sup>

Innerhalb der Bandbreite an Problemen, die die Entwicklung der nigerianischen Gesellschaft behindern, nehmen ethnische und religiöse Konflikte einen wichtigen Platz ein. Dazu florieren die weitverbreitete Korruption und schlechte Regierungsführung, da sich bereichernde Politiker ethnische und religiöse Gefühle zu ihren Gunsten ausnutzen. Die ambivalente Rolle, die Religion in



dieser sozio-politischen Krise Nigerias spielt, ist komplex. Der territoriale Herrschaftsanspruch von Religion ist in Ländern mit einem hohen Grad an religiösem Nationalismus stark ausgeprägt. Die Rahmenbedingungen gestalten sich noch schwieriger, wenn der überwiegende Teil der Bevölkerung Religion als wichtigste Identitätsgrundlage sieht und andere Lebensformen nicht toleriert werden.<sup>163</sup>

Mit einer Bevölkerungszahl von über 160 Millionen, 250 ethnischen Gruppen, etwa 400 Sprachen und 36 Bundesstaaten sowie mit dem Christentum, Islam und einer Vielzahl an traditionellen afrikanischen Religionen bildet Nigeria von Natur aus ein Mosaik der Vielfalt. Seit der Unabhängigkeit von Großbritannien 1960 wurde das Land von ethnischen und religiösen Spannungen geplagt. Dies hat schließlich die Bemühungen, ein Einheit und Frieden förderndes Modell des Multikulturalismus zu entwickeln, untergraben.

Die Hauptthese in diesem Beitrag über Religionsfreiheit in Nigeria ist, dass die vorherrschende religiöse Intoleranz, die im nördlichen Nigeria an der Tagesordnung ist, sowie die Bemühungen, in der Region die historische Bedeutung des Islam als Herrschaftsfundament durch religiösen Extremismus wiederherzustellen, den doppelten Antrieb für die Christenverfolgung im Norden Nigerias darstellen. Die mediale Aufmerksamkeit konzentriert sich bisher lediglich auf religiös motivierte Gewalt, die durch die islamistische Boko Haram verübt wird. Die alltäglichen Diskriminierungserfahrungen von Christen hingegen, die in vielen Teilen Nordnigerias, vor allem aber in den Schariastaaten<sup>164</sup> systematisch benachteiligt und häufig sogar ihrer grundlegenden Bürgerrechte beraubt werden, bleiben in aller Regel unbeachtet. Während diese Vorkommnisse religiös motivierter Gewalt zwar massive Menschenrechtsverletzungen darstellen, ist es ebenso wichtig, alle Tendenzen, Prozesse und Stufen von Verfolgung zu beachten, da sie eng miteinander verflochten sind. Strukturelle Ungerechtigkeiten gegenüber religiösen Minderheiten können, wenn sie nicht frühzeitig unterbunden werden, bei kaum vorhersehbaren Konflikthanlässen rasch in ausufernde Gewaltausbrüche umschlagen.

## Gesetzlicher Rahmen der Religionsfreiheit

Obwohl religiöse Freiheitsrechte durch internationales Recht geschützt sind, sind schwere Verstöße gegen die Religionsfreiheit weitverbreitet und nehmen in vielen Teilen der Welt sogar zu.<sup>165</sup> Die aktuelle Situation in Nigeria spiegelt diese weltweit häufig anzutreffende Diskrepanz zwischen formaljuristischem Schutz und lebensweltlicher Realität wider. Das Land ist diversen internationalen Gesetzesinitiativen zum Schutz der Religionsfreiheit innerhalb der Vereinten Nationen und auch Afrikas beigetreten. Artikel 38 der nigerianischen Verfassung, der sich an Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie Artikel 8 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker orientiert, legt fest:

1. Jede Person hat das Recht auf Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religion. Diese schließt die Freiheit mit ein, seine Religion oder seinen Glauben zu wechseln und die Freiheit (entweder alleine oder in Gemeinschaft mit anderen und in der Öffentlichkeit oder im Privaten) seine Religion oder seinen Glauben zu zeigen und zu verbreiten durch Anbetung, Lehre, Praktizieren und Befolgen.
2. Keine Person, die irgendeine Bildungseinrichtung besucht, soll dazu gezwungen werden, religiöse Erziehung zu erhalten oder an religiösen Zeremonien oder Praktiken teilzunehmen oder ihnen beizuwohnen, wenn sich diese Erziehung, Zeremonien oder Praktiken auf eine andere als die eigene Religion beziehen oder auf eine Religion, die nicht von den Eltern oder einem Vormund bekräftigt wurde.
3. Keine religiöse Gemeinschaft oder Gruppe soll davon abgehalten werden, den Schülern dieser Gemeinschaft oder Gruppe in jeglicher Bildungseinrichtung, die ganz von dieser Gemeinschaft oder Gruppe unterhalten wird, religiösen Unterricht zu erteilen.



Diese Bestimmung garantiert eindeutig das Recht auf Religionsfreiheit sowohl gegenüber dem Individuum als auch dessen religiöser Gemeinschaft. Artikel 10 der Verfassung soll zudem verhindern, dass sich Nigeria zu einer Theokratie entwickelt. Er besagt: »Die Regierung des Bundes oder eines Bundesstaates soll keine Religion als Staatsreligion annehmen.« Trotz der Eindeutigkeit des neuen Verfassungstextes verursachte diese Frage bereits im gleichen Jahr 1999 schwere interreligiöse Konflikte, als der damalige Gouverneur des Bundesstaates Zamfara die Scharia in seinem Bundesstaat einführte, und im darauffolgenden Jahr, als Muslime in weiteren nördlichen Bundesstaaten die Durchsetzung des islamischen Rechtskodex verlangten. Teile der christlichen Bevölkerung beanstandeten, dass das islamische Recht, welches viele Fragen des alltäglichen Lebens mitbestimmt, ihre Freiheitsrechte beeinträchtigt. Muslime, die die Einführung der Scharia befürworteten, argumentierten, dass die Veränderung der Rechtsmaßstäbe nicht gleichbedeutend sei, dass verfassungswidrig der Islam als Staatsreligion eingeführt werde. Schließlich führten, begleitet von blutigen Auseinandersetzungen, insgesamt zwölf Bundesstaaten die Scharia ein. Der hilflose Aufruf des damaligen Präsidenten Olusegun Obasanjo, zum vorherigen Status zurückzukehren, wurde schlichtweg missachtet. Diese Entwicklung zeigt, dass auch klare Bestimmungen in der Verfassung in einem schwachen Staat die Religionsfreiheit nicht sicherstellen können, wenn religiöse Eiferer im Land ihre Interessen unter der ständigen Androhung der Gewalt durchsetzen wollen. In kürzlich veröffentlichten Länderindizes zur Religionsfreiheit erfuhr Nigeria nun angesichts der weiter intensivierten Angriffe gegen Christen im Norden erneut eine deutliche Abwertung.<sup>166</sup>

### Innerstaatliche sozialräumliche Diskrepanzen

Für das tiefere Verstehen der interreligiösen Spannungen in Nigeria ist es zunächst Voraussetzung, den Mythos der homogenen religionsgeografischen Struktur des Nordens bzw. Südens zu ent-

zaubern. Nigeria wird in der Regel in einen »islamischen Norden« und einen »christlichen Süden« unterteilt. Diese allzu starke Vereinfachung verhindert ein besseres Verständnis des Wesens interethnischer und interreligiöser Konflikte in Nigeria. Denn es wird nicht berücksichtigt, dass jeweils viele Millionen Christen in den nördlichen und Muslime in den südlichen Teilen des Landes leben. Christen stellen in mindestens sieben der 19 nördlichen Bundesstaaten sogar die Mehrheit der Bevölkerung. Die nordwestlichen und nordöstlichen Regionen hingegen weisen die höchsten Anteile an Muslimen auf. Im mittleren Norden, der auch als *Middle Belt* bezeichnet wird, lebt wiederum ein beträchtlicher Anteil christlicher Bevölkerung, der teilweise Minderheitenstatus besitzt, in manchen Bundesstaaten aber auch überwiegt.

Im Süden Nigerias leben indigene Muslime in beträchtlicher Anzahl, insbesondere in den südwestlichen Bundesstaaten. Eine stetig sinkende Anzahl von Angehörigen traditioneller afrikanischer Religionen lebt im ganzen Land verteilt. Eine weitere Gruppe wäre als synkretistisch zu bezeichnen, d. h. Elemente des Christentums oder Islam werden mit traditionellen afrikanischen Religionen bzw. Kulturen verbunden. Allgemein besteht die Tendenz eines gleitenden Übergangs vom Bekenntnis zu traditionellen Religionen hin zu den als fortschrittlicher angesehenen und daher gesellschaftlich stärker akzeptierten monotheistischen Religionen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der nigerianischen Bevölkerung ist die Tatsache, dass einzelne ethnische Gruppen in der Regel einer bestimmten Religion zuzuordnen sind und ethnische und religiöse Trennlinien sich demzufolge wechselseitig in der Bedeutung der Selbstidentifikation verstärken. So sind beispielsweise die Hausa und Fulani, die zusammen als die größte ethnische Gruppe gelten,<sup>167</sup> überwiegend Muslime. Trotz vieler christlicher Mitglieder stellen sie sich nach außen als reine Muslime dar. Die christlichen Teile innerhalb der ethnischen Gemeinschaft werden weder angemessen repräsentiert noch von außen wahrgenommen.

Gemessen an der Anzahl religiöser Gewaltausbrüche ist das überwiegend christliche Südnigeria von deutlich mehr religiöser



Toleranz geprägt. Im Südwesten beispielsweise leben Christen und Minderheiten von Muslimen sowie Angehörige traditioneller Religionen überwiegend harmonisch zusammen. Heiraten über religiöse Grenzen hinweg sind in dieser Region auch heute noch an der Tagesordnung. Den Kindern aus Mischehen wird üblicherweise freigestellt, die Glaubensrichtung eines der beiden Elternteile zu wählen. Ein Muslim kann in einem überwiegend christlich bevölkerten Bundesstaat als Gouverneur gewählt werden – umgekehrt würde dies in Nordnigeria kaum akzeptiert. Die Menschen im Südwesten des Landes sind gleichermaßen religiös und aufgeschlossen. Die in Europa häufig als »fundamentalistisch« bezeichneten charismatischen Kirchen – die Pfingstkirchen sowie die afrikanischen Freikirchen – haben hier ihre Hochburgen. Der südliche Süden des Landes, der nicht so durchmischt ist wie der Südwesten, zeigt ebenfalls höhere Grade an religiöser Toleranz als der überwiegend muslimisch geprägte Norden. Muslime aus den nördlichen Teilen des Landes, die im Südosten oder südlichen Süden leben, beklagen sich zwar teilweise über Benachteiligungen, gewaltsame Feindseligkeiten sind hier jedoch selten.

Die nördlichen Regionen Nigerias bilden inzwischen einen gefährlichen Nährboden für einen um sich greifenden religiösen Extremismus, der auch von zahlreichen (halb-)staatlichen und Nichtregierungsorganisationen aus dem nordafrikanischen Raum und dem Nahen Osten systematisch gefördert wird. In diesen Teilen des Landes ist das Eskalationspotenzial verletzter religiöser Empfindungen bereits sehr hoch, mit steigender Tendenz in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren. Seit der Rückkehr zur Demokratie 1999 sind in diesem Landesteil innerhalb von zehn Jahren über 14 000 Menschen in religiös motivierten Gewaltattacken ums Leben gekommen.<sup>168</sup>

Was kann nun aber den unterschiedlichen Umgang mit dem Toleranzgedanken und religiöser Freiheit erklären, der zwischen den südlichen und den nördlichen Landesteilen festzustellen ist? Dies ist eine Frage, die bereits viele Wissenschaftler beschäftigt hat. Der nigerianische Professor Yusufu Turaki nennt folgende zentrale Gründe<sup>169</sup> für die weniger tolerante Natur des Islam in

Nordnigeria: das düstere Vermächtnis des muslimischen Kolonialismus und Sklavenhandels gegenüber den nicht muslimischen Volksgruppen im Norden im Zusammenhang mit dem Dschihad des Usman dan Fodio in den Jahren 1804 bis 1808; der artifizielle Zusammenschluss des Landes durch Großbritannien sowie das koloniale Regieren des großflächigen Nordens unter dem System des indirekten Regierens mittels vorherrschender Machtstrukturen in Form der islamischen Kalifate und Emirate. Diese Prozesse erzeugten in vorkolonialer und kolonialer Zeit eine Beziehung zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, die durch kolonial gestützte Dominanz und Unterdrückung geprägt war.

Im südlichen Nigeria hingegen wählten die Briten das System des direkten Regierens, das althergebrachte Herrschafts- durch moderne Verwaltungsstrukturen ersetzte. Das Christentum breitete sich im Süden rasch aus, während der Islam im Norden nach einer vorkolonialen Krisenphase unter britischer Herrschaft erneut aufblühen konnte. Christlichen Missionaren war es seitens der Kolonialherren verboten, im muslimischen Norden zu missionieren. Dadurch waren ihre Aktivitäten, einschließlich der Etablierung eines Schulsystems europäischen Standards, hauptsächlich auf den Süden konzentriert. Dies verstärkte einerseits die Trennung der Religionen, andererseits aber auch die Vorzeichnung unterschiedlich dynamischer Entwicklungspfade in beiden Landesteilen.

## Typologien der Unterdrückung von Christen in Nigeria

Wie bereits erwähnt bergen die internationalen Medienberichte über die immer häufigeren Angriffe auf Christen in Zentral- und Nordnigeria die Gefahr, dass die Wahrnehmung der systematischen Unterdrückung in den Schariabundesstaaten überschattet wird. Der Grund hierfür liegt im offensichtlich mangelnden Medieninteresse an dieser Problematik und damit auch am fehlenden Druck auf höhere politische Entscheidungsebenen, diese



alltäglichen Verstöße gegen die Rechte der christlichen Minderheiten abzustellen. Um das nötige Bewusstsein für das Leid Millionen betroffener Menschen in Nordnigeria zu stärken, wird im Folgenden die Bandbreite an Verletzungen der religiösen Freiheitsrechte der Christen im Norden Nigerias erörtert.

## Strukturelle Ungerechtigkeiten

Der derzeitige Präsident der nigerianischen Zentralbank und Schariaspezialist Sanusi Lamido Sanusi stellt fest, dass mit der iranischen Revolution auch eine Radikalisierung der islamischen Politik im Norden Nigerias einherging. Gerade im studentischen Milieu hätten sich – beflügelt vom Erfolg des politischen Islam in Iran – als erste fundamentalistische Gruppe die Moslembrüder etabliert. Ihr Ziel sei die Errichtung eines islamischen Staates in Nigeria.<sup>170</sup> Darüber hinaus rief ein führender islamischer Gelehrter Nigerias, der spätere Sheikh Abubakar Gumi und Empfänger des angesehenen *King Faisal International Award* (Saudi-Arabien), Muslime öffentlich dazu auf, nie mehr zu erlauben, dass Nichtmuslime in Nigeria in politische Ämter aufsteigen.<sup>171</sup>

Der religiöse Fanatismus, der immer schon eine Rolle in Nigerias Politik gespielt hatte, offenbarte sich auch in den letzten Parlamentswahlen im April 2011, in deren Zusammenhang es zu vielen Toten und zur vielfältigen Zerstörung privaten Eigentums kam.<sup>172</sup> Als die ersten Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen zeigten, dass Goodluck Jonathan führte, griffen einige Islamisten Kirchen, Christen und sogar Muslime an, von denen sie vermuteten, dass sie den christlichen Kandidaten unterstützt hatten. Im Bundesstaat Kaduna waren zuvor die Spannungen angewachsen, als der muslimische Gouverneur nach dem Tod des Präsidenten Umaru Musa Yar'adua 2010 zum Vizepräsidenten des Landes ernannt worden war und der damalige stellvertretende Gouverneur, ein Christ, gemäß der Verfassung Gouverneur wurde. Obwohl ihr muslimischer Gouverneur Vizepräsident ganz Nigerias geworden war, opponierten islamistische Gruppen dagegen. Trotz scharfer

Proteste wurde er ins Amt eingesetzt und 2011 nach einem extrem polarisierten Wahlkampf sogar wiedergewählt. Zahlreiche Beobachter teilen die Auffassung, dass die heutigen Gewaltexzesse im Land ein Protest derer sind, die den Aufstieg des Christen Goodluck Jonathan an die Macht verhindern wollten.<sup>173</sup> Viele Muslime sahen nach einer wegen des frühzeitigen Todes nicht vollendeten ersten Amtszeit des muslimischen Vorgängers Umaru Yar'adua entgegen dem Prinzip freier Wahlen das Recht auf ihrer Seite, nochmals den Präsidenten aus ihren Reihen stellen zu dürfen.

Die Einführung der Scharia in zwölf Bundesstaaten des Nordens hat die Diskriminierung der christlichen Minderheiten in dieser Region noch verschärft. So wurde etwa ihr Zugang zu staatlichen Medien drastisch eingeschränkt. Der Aufstieg von Christen in herausgehobene Positionen des öffentlichen Dienstes ist durch offen und verdeckt diskriminierende Praktiken bei der Postenvergabe stark beeinträchtigt. Die Auswahl des Personals wird auch auf mittlerer und unterer Ebene stark von ethnischen und religiösen Faktoren bestimmt. Christliche Kinder haben oft Schwierigkeiten, in weiterführenden Bildungseinrichtungen angenommen bzw. dort in die Fächer ihrer Wahl eingeschrieben zu werden. Der Zugang zu Land, um eine Kirche oder Schule zu bauen, ist ein weiteres schwerwiegendes Problem von Christen in mehrheitlich islamischen Bundesstaaten. Selbst wenn sie Land erwerben können, werden die erforderlichen Baugenehmigungen und Nutzungsbewilligungen regelmäßig verschleppt und unter Angabe fadenscheiniger Gründe häufig verweigert. In den meisten Schariastaaten zieht es die Mehrheit der Christen mittlerweile vor, in der Nähe von Polizei- und Militärcasernen zu wohnen, da sie im Falle eines Angriffs durch muslimische Extremisten dort eher Zuflucht finden können.



## Spontane Gewalt der Massen als Reaktion auf angebliche »Provokationen«

Christen im Norden Nigerias werden gelegentlich auch Opfer von Massenangriffen durch muslimische Mitbürger aufgrund angeblicher Provokationen wie etwa die in Dänemark veröffentlichten Mohammed-Karikaturen oder den militärischen Einsatz der Amerikaner in Afghanistan sowie zahlreicher lokaler Vorkommnisse, die teilweise bewusst inszeniert werden. Auch Ereignisse, die nicht im Entferntesten mit Christen zusammenhängen, haben verschiedentlich zu Angriffen auf diese Gruppe in Nordnigeria geführt. Diese wiederkehrende Erfahrung hat jedoch zu keinen angemessenen Vorsorgemaßnahmen der Regierung geführt. Verschiedentlich wurde sogar von Kollaboration zwischen militärischen Einheiten und den Angreifern berichtet bzw. vom bewussten Nicht-Eingreifen während der Gewalttaten. Das Rechtswesen des Landes scheint mit der religiös motivierten Gewalt völlig überfordert und gewährt den Tätern faktische Straffreiheit.

## Nächtliche Guerillaattacken im ungeschützten ländlichen Raum

Die Strategie nächtlicher Guerillaüberfälle auf isolierte ländliche Siedlungen erlangte 2010 erstmals umfassende Bedeutung.<sup>174</sup> Christliche Bauernsiedlungen in den Bundesstaaten Plateau, Kaduna und Bauchi wurden in nächtlichen Überraschungsangriffen von Hausa Fulani überfallen. In der Regel dringen die Kämpfer in die Dörfer ein, wenn die Bewohner schlafen, zünden die Häuser an und töten eine möglichst große Anzahl von Bewohnern, einschließlich Kindern. Sowohl Angriff als auch Rückzug sind sehr gut koordiniert. Systematisch wird die spezifische Verwundbarkeit der von Lehmrundhütten geprägten bäuerlichen Streusiedlungen ausgenutzt, da sie fernab jeglicher Polizei- oder Militärstationen liegen. Die Regierung war bislang nicht in der Lage, diese

heimtückischen Taten zu verhindern. Mittlerweile stellen deshalb die Gemeinden nachbarschaftliche Wachgruppen zusammen, um ihr Gemeinwesen zu schützen. Sie schicken Frauen und Kinder selbst in der Regenzeit nachts zum Schlafen ins offene Feld, damit sie nicht während nächtlicher Überfälle in ihrem Haus getötet werden. Staatliche Kräfte scheinen auf ihrem eigenen Territorium offensichtlich weitgehend machtlos gegenüber terroristisch agierenden Gruppierungen, die systematisch die Legitimität des säkularen Staatswesens Nigerias infrage stellen und untergraben.

## Der islamistische Terrorkrieg der Boko Haram

Die extremistische Terrororganisation »Verband der Sunniten für den Aufruf zum Islam und für den Dschihad«, bekannt als Boko Haram oder auch als »nigerianische Taliban«, hat eine schwer berechenbare Terrorkampagne gegen den nigerianischen Staat und die nicht muslimische Bevölkerung gestartet. Die Gruppe kämpft gegen westliche Bildung und generell gegen das säkulare, demokratische Staatswesen. Sie entstand vor etwa 15 Jahren als geistlich orientierte, radikal-islamische Bewegung und wurde zunehmend militant. 2009 geriet sie in einen bewaffneten Konflikt mit Polizei und Militär, was zur außergerichtlichen Tötung ihres Gründers Mohammed Yusuf und vieler ihrer Mitglieder führte. Während dieser Kampfhandlungen wurden einige Kirchen niedergebrannt und auch zahlreiche unschuldige Zivilisten, darunter viele Christen, getötet. Rund 150 Boko-Haram-Mitglieder wurden zwar im Rahmen der bürgerkriegsartigen Kämpfe verhaftet, jedoch später bei einem Großangriff der Terrororganisation auf das Gefängnis von Maiduguri wieder befreit.

In jüngster Zeit hat die Gruppe das Militär, die Polizei, Christen und mit diesen solidarische Muslime ins Visier genommen.<sup>175</sup> Erst durch einen schweren Bombenanschlag auf das Gebäude der Vereinten Nationen in Abuja am 26. August 2011 rückten die Gewaltausbrüche in Nigeria stärker in den Fokus der internationalen Medien und Politik. Boko Haram hat mehrfach, zuletzt am



3. Januar 2012, den im Norden heimischen und aus dem Süden zugewanderten Christen ein Ultimatum gesetzt, Nordnigeria zu verlassen. Boko Haram strebt eine ethno-religiöse Säuberung des als homogen muslimisch konstruierten und auch von außen vielfach so wahrgenommenen Nordens an. Eine strenge Anwendung der Scharia steht im Mittelpunkt der Strategie zur Etablierung eines theokratischen Herrschaftssystems. Die Kriegserklärung an die christliche Bevölkerung steht laut dem Sprecher der Sekte im Zusammenhang mit der Absicht, langfristig ganz Nigeria dem Islam zu unterwerfen.<sup>176</sup>

Eine weitere tragische Folge des Aufstandes der Boko Haram ist die Vertreibung zahlreicher indigener Christen aus dem Bundesstaat Yobe im Nordosten Nigerias.<sup>177</sup> Am 4. November 2011 stürmten Mitglieder der Boko Haram die Hauptstadt Damaturu und griffen Sicherheitsposten an, um daraufhin in den überwiegend christlichen Siedlungen Kirchen zu bombardieren, christliche Geschäfte zu zerstören und Passanten zu erschießen. Jeder, der das muslimische Glaubensbekenntnis nicht rezitieren konnte, wurde auf der Stelle exekutiert. Fast alle der 150 Menschen, die an diesem Tag ihr Leben verloren, waren Christen. In den darauffolgenden Wochen verstärkten und weiteten sich die Angriffe auf andere Städte wie Potiskum und Geidam aus. Dadurch wurden viele Christen gezwungen, in andere Bundesstaaten zu fliehen oder in den zwei christlichen Enklaven Gadaka, das in Folge ebenfalls angegriffen wurde, und Kukar Gadu Zuflucht zu suchen.<sup>178</sup> Viele der Vertriebenen beklagten, dass ihre Häuser während ihrer Flucht geplündert wurden. Während auch christliche Staatsbedienstete geflüchtet waren, ordneten öffentliche Verwaltungen in den Schariabundesstaaten disziplinarrechtliche Bestrafungen gegen die abwesenden Beamten an, statt sich ihrer Notlage anzunehmen. Häufig sind aber Pfarrer und ihre Familien die ersten Opfer von Gewaltausbrüchen, da es in Nigeria üblich ist, dass sich das Pfarrhaus neben der Kirche befindet und regelmäßig Kirchen angegriffen und niedergebrannt werden.

## Reaktionen nigerianischer Christen auf den zunehmenden Terror

Da Christen und ihre Gebetsorte zunehmend zu Zielen von Angriffen werden, haben die Kirchengemeinden eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen eingeführt. Viele Gemeinden kauften sich von ihren oft knappen Mitteln Metalldetektoren, um Kirchgänger zu überprüfen. Autos werden an ausgewiesenen Stellen fernab der Kirche geparkt und um manche Kirchen wurden Straßensperren errichtet, um die Zufahrt zu erschweren. Selbst mit solch strengen Sicherheitsvorkehrungen verschaffte sich ein Selbstmordattentäter am 26. Februar 2012 Zutritt zum Hauptsitz der *Church of Christ in Nigeria* (COCIN).

Die *Christian Association of Nigeria* (CAN), eine Dachorganisation der katholischen, protestantischen und Pfingstkirchen, hat zu Fastentagen und Gebeten zur inneren Sammlung in diesen schwierigen Zeiten aufgerufen und Opfer von Angriffen mit Hilfsgütern versorgt. Kirchenoberhäupter rufen ihre Gläubigen regelmäßig zu Friedfertigkeit und Vergebung auf. Viele Christen, die ohnehin in Nigeria häufig unter wirtschaftlich schwierigen Bedingungen leiden, deuten die Notlage für sich persönlich aus der Glaubensperspektive als Vorzeichen der Endzeit und akzeptieren sie als den Preis, den sie als Nachfolger Christi zahlen müssen. Andere glauben, dass die Christen das Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich gegen die andauernden Angriffe auf ihre Gemeinschaften auflehnen müssen. Enttäuscht von der friedfertigen, aber hilflos anmutenden Haltung der Kirchen sowie angesichts des untragbaren staatlichen Versagens, derartige Übergriffe zu verhindern, kehren manche zu traditionellen religiösen Praktiken zurück, um Sicherheit, Inspiration und Kampfgeist für ihre Verteidigung zu finden. Unglücklicherweise beschädigen die gewalttätigen Handlungen dieser Gruppen das Bild der christlichen Gemeinschaften in den internationalen Medien.

Trotz der Gewaltexzesse, der vielfachen Enttäuschungen und daraus resultierenden Generalverdächtigungen, gibt es noch Bemühungen auf beiden Seiten, einen Dialog zwischen den Glau-



bensgemeinschaften zu führen. Der *Nigeria Inter-Religious Council* (NIREC),<sup>179</sup> Organisationen auf staatlicher und lokaler Ebene sowie religionsübergreifende Initiativen dienen als Plattformen für christliche und muslimische Verantwortungsträger, um Wege zu suchen, die das gegenseitige Verständnis und die Toleranz stärken sollen. Allerdings blieben sichtbare positive Wirkungen dieser Bemühungen bislang weitgehend aus, was die Notwendigkeit verdeutlicht, neben den Ansätzen des interreligiösen Dialogs auch wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die den Betroffenen möglichst rasch einen verlässlichen Schutz ihrer physischen Unversehrtheit gewährleisten.

### Möglichkeiten der Bundesregierung zur Unterstützung Nigerias

Angesichts der historischen Erfahrung Nigerias mit dem 30-monatigen Bürgerkrieg in den Jahren 1967 bis 1970 um die versuchte Abspaltung Biafras, in dem über eine Million Menschen ums Leben kam, erscheint ein Eskalieren der Lage im mit Abstand bevölkerungsreichsten Land Afrikas als durchaus realistisches Szenario.<sup>180</sup> Dies hätte weitreichende Folgen für Millionen von Menschen und auch für die politische Stabilität Westafrikas mit Ausstrahlungseffekten weit über den Kontinent hinaus. Wirksame konfliktmindernde Maßnahmen können angesichts des erwarteten drastischen Bevölkerungswachstums in den kommenden Jahrzehnten bei sich weiter verknappenden Ressourcen, wie etwa der Zugang zu Wasser und Acker- bzw. Weideland, nicht aufgeschoben werden.

Die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik mit Nigeria erscheint ausbaufähig, insbesondere im Feld der Konfliktprävention.<sup>181</sup> Es bedarf dringend intensiverer Forschung zum besseren Verständnis der sozialen und geografischen Faktoren und Prozesse des Konfliktgeschehens sowie möglicher raumbezogener Gegenmaßnahmen, die eine weitere Verschärfung der Konflikte verhindern helfen können.

Die nigerianische Regierung sollte umgehend aufgefordert werden, die Effizienz des Polizei-, Militär- und Justizwesens in der Konfliktbewältigung zu überprüfen. Die Straffreiheit der Verantwortlichen für Terrorakte ist ein ebenso gravierendes Problem wie die Tolerierung des permanenten Verfassungsverstoßes einiger nördlicher Bundesstaaten, die ihre christlichen Bürger allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit systematisch in vielfältiger Weise diskriminieren.

Es wäre notwendig, die nigerianischen Behörden in der Planung für den Schutz bedrohter Bevölkerungsgruppen in risikoreichen Regionen zu unterstützen. Hierbei ist es ratsam, zur Verhinderung eines möglicherweise drohenden Genozids, auch Strategien der räumlichen Separierung der Konfliktparteien in Betracht zu ziehen. Die religiöse Homogenität von Siedlungsräumen ist kein erstrebenswertes Merkmal multikultureller Gesellschaften, hat sich aber als wirksamer Faktor zum Schutz vor Übergriffen in vielen Teilen des Landes und auch innerhalb der Städte insbesondere in Zeiten erhöhter Spannungen bewährt. Die Selbstsegregation großer Teile der Bevölkerung in zunehmend homogenen Stadtvierteln ist in Zeiten höchster Bedrohung der eigenen Familie eine durch viele Menschen getroffene, zumindest rasch wirksame sicherheitspolitische Bottom-up-Strategie. Auch ergänzende staatliche Umsiedlungsprogramme zur Schaffung weniger verwundbarer, homogenerer demografischer Raumstrukturen, verbunden mit Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, scheinen angesichts des Ausmaßes der Bedrohung in weiten Teilen Nordnigerias prüfenswert.

Auf nationaler Ebene intensiviert sich mittlerweile die seit dem Biafrakrieg eigentlich strengstens tabuisierte Diskussion um die Zukunft der nationalen Einheit Nigerias. Viele Menschen stellen angesichts der ausufernden Gewalt, die keinesfalls nur einer kleinen extremistischen Terrorgruppe zugeschrieben werden kann, die Möglichkeit zunehmend infrage, dass zwei unterschiedliche Religionsgemeinschaften mit offenbar zuwiderlaufenden Auffassungen von grundlegenden Freiheitsrechten überhaupt in einem letztlich künstlichen, auf kolonialen Grenzziehungen beruhenden



Staatsgebilde dauerhaft zusammenleben können und sollen. Die internationale Gemeinschaft und hier insbesondere die Staaten der Europäischen Union, die historisch gesehen die heterogenen Staatengebilde in Afrika zum Ende der Kolonialherrschaft kreiert haben, können sich nicht länger ihrer Verantwortung für die dadurch hervorgerufenen Probleme entziehen.

Volker Kauder

## Indonesien – Einleitung

Auf einer Reise nach Südostasien im Jahr 2010 führte mich mein Weg auch nach Indonesien. Wenige Tage vor meinem Besuch wurde in der Hauptstadt Jakarta eine Kirche schwer beschädigt. In einem Gespräch erklärte mir der evangelische Bischof, dass dies immer wieder geschehe und die Kirche dafür keine Entschädigung bekomme. Auch würden die Täter so gut wie nie gefasst. Man könne zwar nicht von Verfolgung der Christen vonseiten des Staates sprechen, der Staat würde jedoch zu wenig unternehmen, die Christen zu schützen.

Deutschland und Indonesien sind seit Langem durch enge und freundschaftliche Beziehungen verbunden. Das Land mit seinen 230 Millionen Menschen ist für uns ein wichtiger Partner in der Region. Mir ging es darum, durch meinen Besuch die enge Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen. Ich war daher froh, dass mich der Staatspräsident zu einem ausführlichen Gespräch über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in seiner Residenz empfing. Dass der Präsident mir dann gleich zu Beginn unseres Meinungsaustausches sagte: »Herr Kauder, ich höre, Sie wollen sich bei uns auch über die Situation der Christen informieren«, hat mich sehr überrascht. Diese Direktheit war für politische Gespräche ungewöhnlich. Im Gespräch wurde aber deutlich, wie sehr sich die Führung des Landes darum bemüht, dass islamistische Kräfte nicht zu viel Einfluss bekommen. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Muslime sind, bezeichnet sich das Land nicht als islamische Republik. Und die politische Führung ist darauf bedacht, das Land auch nach außen als weltoffen zu präsentieren. Sehr interessiert zeigten sich alle meine Gesprächspartner an der Zusammenarbeit mit Europa. Aus diesem Grund ist es gut, wenn man in Indonesien weiß, dass die Situation der Christen von der Europäischen Union intensiver beobachtet wird als früher.